

Das intellektuelle Elend der Wahlkämpfe - Ausweg Neokratie?

Mehr als alles andere machen Wahlen das Wesen der Demokratie aus. Wahlen aber erhalten ihren Sinn nur dadurch, dass informierte Bürger rational zwischen Alternativen abwägen können. Grundlage hierfür wiederum ist, dass im Vorfeld von Wahlen Wahlkämpfe abgehalten werden, in deren Verlauf die Wähler sich endgültig auf eine Alternative festlegen können. Je geringer der Anteil der Wähler, deren politische Präferenzen schon weit im Voraus feststehen, desto mehr Bedeutung kommt den Wahlkämpfen zu. Es wundert daher nicht, wenn diese immer aufwändiger geführt und immer pompöser medial inszeniert werden. In solchen Inszenierungen sehen manche Beobachter noch immer den großen Glanz der Demokratie aufscheinen.

Exemplarischen Charakter haben mehr denn je die Präsidentschaftswahlkämpfe in den USA. Dies deswegen, weil nach deren Muster zunehmend auch andernorts Wahlkämpfe inszeniert werden, und auch, weil Wahlausgänge in den USA wegen deren weltpolitischer Führungsrolle immer mehr globale Aufmerksamkeit erlangt haben. Natürlich ist jeder Wahlkampf geprägt von gewachsenen Ritualen und von kulturellen Besonderheiten der jeweiligen Wähler, davon, ob es eher um Personen oder eher um Parteien geht, wie gegensätzlich die zur Wahl stehenden Alternativen sind oder wie ungewiss der Wahlausgang erscheint, und natürlich ist daher kein Wahlkampf wie der andere. Dennoch sind die Gemeinsamkeiten groß genug, um den Wahlen und Vorwahlen zur amerikanischen Präsidentschaft exemplarische Bedeutung zuzuschreiben. Die Wahl des amerikanischen Präsidenten ist derzeit nicht nur die objektiv wichtigste politische Personalentscheidung weltweit, sondern der zugehörige Wahlkampf ist auch derjenige, der - zumindest auf längere Sicht gesehen - weltweit die stärkste stilprägende Wirkung hat.

In Ländern außerhalb der USA mögen amerikanische Wahlkämpfe wegen ihres offenkundigen Showcharakters lange belächelt worden sein, aber dies war immer nur eine Frage des Stils gewesen, nicht des Inhalts und nicht des demokratischen Verfahrens. Auch anderswo wurden in demokratischen Wahlkämpfen Fragen nicht viel sachlicher gestellt oder galten für Erfolg und Misserfolg von Kandidaten kaum rationalere Kriterien. Daher wird mittlerweile zu Recht ein amerikanischer Vorwahl- und Wahlkampf, in dem es etwa um Personen wie Obama, Clinton und McCain geht, qualitativ nicht mehr unterschieden von Wahlkämpfen, in denen die Personen beispielsweise Sarkozy, Merkel, Koch, Gusenbauer oder Kaczynski heißen. Es überrascht daher auch nicht mehr, wenn ein amerikanischer Vorwahl-

kampf wie derjenige zwischen Obama und Clinton selbst renommierten deutschen Journalisten als eine „Sternstunde der Demokratie“ gilt, und dies trotz der Feststellung, bei einer solchen Wahl gehe es letztlich „weniger um Programme als um Charaktereigenschaften“. Um eine Sternstunde der Demokratie handelte es sich demnach, auch wenn in Wahlen Sachfragen ausgeblendet werden, wenn die Sachkompetenz von Kandidaten nicht zur Debatte steht und wenn stattdessen so politikfremde Kriterien wie persönliches Charisma, Geschlecht oder Hautfarbe wahlentscheidend wirken.

Dies illustriert auf erschütternde Weise nicht nur, wie es im herrschenden demokratischen Verfahren wirklich zugeht, sondern auch, wie unkritisch dieses Verfahren noch von den seriösesten Kommentatoren hingenommen wird. Auch in der Politikwissenschaft ist es nicht anders. Auch von renommierten Politologen wird noch immer die Auffassung vertreten, Wahlkämpfe im Allgemeinen und der amerikanische Präsidentschaftswahlkampf im Besonderen seien geeignet, die Besten eines Landes in die höchste politische Verantwortung zu bringen.

Fast alle demokratischen Wahlkämpfe haben indessen dieses Eine gemeinsam: Die Qualitäten, die einen guten Wahlkämpfer ausmachen, sind andere als diejenigen, die ein guter Amts- oder Mandatsinhaber haben müsste. Dies bestätigt sich immer wieder in der Beobachtung, dass Wahlsieger nach ihrem Wahlerfolg erschreckende Mängel an fachlicher Kompetenz und oft auch an moralischer Integrität an den Tag legen. Immer wieder stellt sich heraus, dass ein Bush, ein Blair, ein Schröder, ein Sarkozy und viele andere auch als Amtsinhaber zunächst noch mit öffentlichkeitswirksamen Politikinszenierungen zu brillieren vermögen, dass aber an ihrer Fähigkeit, eine in allen Zuständigkeitsbereichen fachkundige und weitsichtige Politik zu betreiben, die Zweifel umso mehr wachsen. Im Nachhinein zeigt sich dann, dass in Wahlkämpfen falsche Kriterien gegolten haben.

Für nachfolgende Wahlkämpfe bleibt dies bisher dennoch ohne nennenswerte Folgen. In Wahlkämpfen geht es vielmehr weiterhin - oder mehr denn je - darum, Wählerschichten emotional anzusprechen, mit verbalen und nonverbalen Signalen spontane Sympathien einzuwerben, diffusen Wünschen nach politischer Kontinuität oder politischem Wandel gerecht zu werden oder Wählern jenseits aller politischen Sachfragen kulturelle, konfessionelle oder ethnische Identifikationen anzubieten. Es geht also vor allem darum, wer am besten wessen Geschmack trifft, wer am besten wessen Sprache spricht, wer am besten wessen Gefühle zu teilen scheint und wer daher, wie es gern heißt, am ehesten die Herzen der Menschen erreicht und wer allenfalls deren Verstand. Dies macht es Kandidaten immer wieder leicht, in Wahlkämpfen zu wichtigen Sachfragen zu schweigen oder Aussagen hierzu zumindest in einen Schleier diffuser Rhetorik zu hüllen. Dass die Mehrheit der Bürger noch im späten Rückblick befriedigt feststellt, der demokra-

tische Wahlkampf habe das Optimum an fachlicher Kompetenz und moralischer Integrität ins Amt tragen helfen, war daher immer schon und bleibt vorerst weiter ein äußerst seltener Ausnahmefall. Der Regelfall ist die späte Ernüchterung der Wähler darüber geworden, was sie selbst mit ihren vormaligen Wahlentscheidungen angerichtet haben. Dies ist einer der Gründe für den langfristigen Rückgang der Wahlbeteiligung in fast allen demokratischen Staaten.

Optimaler Zeitabstand zwischen Wahlen?

Ach wenn die negativen Erfahrungen mit Wahlen und insbesondere Wahlkämpfen bisher wenig bewirkt haben, gibt es doch einige vorsichtige Justierungen im politischen System, die hiermit in Zusammenhang stehen. Die wichtigste dieser Veränderungen ist die tendenzielle Verlängerung von Amts- und Legislaturperioden. Die Zeitabstände zwischen Wahlen sind auf lange Sicht im weltweiten Durchschnitt größer geworden und die vermeintlichen „Sternstunden der Demokratie“ damit seltener. Dies ist ein langsamer Prozess, aber die Tendenz ist eindeutig. Lag in früheren Stadien der Demokratieentwicklung die Dauer von Amts- und Legislaturperioden fast durchweg bei drei bis vier Jahren, liegt sie gegenwärtig überwiegend bei vier bis sieben Jahren. Diese Entwicklung haben nicht nur Amts- und Mandatsinhaber im eigenen Interesse durchgesetzt, sondern sie ist auch von den Bürgern zumindest mit stillschweigender Billigung hingenommen worden. Die Bürger wollen sich Wahlkämpfe herkömmlicher Art nicht häufiger zumuten als nötig.

Neben dem Überdruß an Wahlkämpfen gibt es noch zwei weitere gewichtige Argumente, die für zunehmend längere Zeitabstände zwischen Wahlen sprechen. Erstens wird Politik ein immer komplexeres Geschäft, das immer größerer Erfahrung bedarf, und diese Erfahrung lässt sich am besten in längeren Amts- bzw. Mandatsperioden sammeln. Zum Zweiten wird der zeitliche Verantwortungshorizont der Politik in fast allen Bereichen kontinuierlich länger, oder es wächst zumindest die Erkenntnis, dass politische Verantwortung eigentlich immer schon viel langfristiger hätte angelegt sein sollen. Auch dieser langfristigen Verantwortung können Politiker umso schwerer gerecht werden, je häufiger das politische Geschäft durch Wahlen und Wahlkämpfe unterbrochen wird. Auch aus dieser Sicht liegt es daher im Interesse der Bürger, wenn Amts- und Mandatsperioden tendenziell länger werden als bisher.

Die Bürger sind in dieser Frage natürlich in einem Zwiespalt. Sie durchschauen zunehmend die fadenscheinigen Inszenierungen und das niedrige Argumentationsniveau der Wahlkämpfe, sie wissen auch, dass mit jeder Wahl erneut unerfahrene, fachlich inkompetente und moralisch zweifelhafte Personen in politische Verantwortung gelangen können, sie spüren, dass diese Verantwortung immer langfristigeren Charakter hat, und zumindest intuitiv ahnen sie daher auch,

dass zunehmend längere Zeitabstände zwischen den Wahlen geboten wären. Zum anderen aber wollen die Bürger natürlich keine Wiederannäherung an vordemokratische Verhältnisse, in denen Staatsführungen allzu lange allzu eigenmächtig agieren konnten, ohne sich in Wahlkämpfen rechtfertigen zu müssen.

Diese Abwägung aber wird zunehmend schwerer, weil die Argumente für eine Verlängerung der Amts- und Mandatsperioden immer mehr an Gewicht gewinnen, weil also in der Politik immer mehr Erfahrung vonnöten wäre und weil die langfristige Verantwortlichkeit immer mehr Bedeutung erlangt. Schon jetzt gäbe es gute Gründe, Amts- und Mandatsperioden weitaus länger zu bemessen, als sie nach vorherrschendem Demokratieverständnis eigentlich sein dürften. Gut begründet wäre es sogar, Politiker nur noch für einmalige sehr lange, nämlich bis zum Ende ihrer Berufslaufbahn dauernde Amts- und Mandatsperioden zu berufen. Andererseits dürften in jüngerer Zeit die Zweifel daran noch gewachsen sein, dass Politiker hierfür moralisch hinreichend gefestigt wären, dass sie hinreichend vorurteilsfrei entscheiden und hinreichend uneigennützig handeln würden.

Der Wahlkampf in der Neokratie

Natürlich lassen sich die Zeitabstände zwischen Wahlen nicht beliebig verlängern, auch wenn die Erfahrungsdefizite von Politikern noch so groß und die Bürger der Wahlkämpfe noch so überdrüssig sind. Gerade Politik nämlich, wie sie im herkömmlichen Staat betrieben wird, bedarf in vergleichsweise kurzen Abständen der Korrekturmöglichkeit durch die Bürger. In der herkömmlichen Demokratie vergeben die Wähler grundsätzlich Macht über die Politik als ganze, und damit gehen sie ein extrem hohes Risiko ein. Politik kann bei diesem Verfahren als ganze dilettantisch, inkompetent und korrupt sein und damit beispielsweise Wohlstand, Gerechtigkeit, Frieden, innere Sicherheit und nachhaltige Entwicklungen allesamt gefährden. Dass die Bürger nicht einmal eine theoretische Chance haben sollten, hiergegen zeitig in demokratischen Wahlen einzuschreiten, ist eine beängstigende Vorstellung.

Dass die Zeitabstände zwischen Wahlen einerseits relativ kurz bleiben, aus anderen Gründen aber zunehmend länger werden sollten, mag auf den ersten Blick als ein unausweichliches Dilemma erscheinen. Ein solcher Eindruck täuscht. Einen zumindest konzeptionell einfachen Ausweg aus diesem Dilemma bietet die neokratische Staatsform. Die Wähler müssten nur, wie es in einer neokratischen Staatsordnung der Fall wäre, Macht nicht mehr für die Politik als ganze vergeben, sondern jeweils nur für einzelne Teilbereiche. Der Staat würde zu diesem Zweck in voneinander unabhängige, selbstständige Sparten aufgeteilt, in denen dann unabhängig voneinander Wahlen abgehalten würden. In einer solchen Staatsform gäbe es keine die Politik als ganze umfassende Machtanhäufung mehr und es gäbe

daher auch nicht mehr die Gefahr eines umfassenden Machtmissbrauchs, weder eines vorsätzlichen noch eines fahrlässigen. Damit wäre in einer neokratischen Ordnung das wichtigste Argument gegen längere Amts- und Mandatsperioden - und damit gegen längere Zeitabstände zwischen Wahlkämpfen und Wahlen - grundlegend entkräftet.

Sicher lässt sich nicht genau vorhersehen, wie in einer neokratischen Staatsordnung, wie also in einzelnen politisch autonomen Politikbereichen Wahlen inszeniert und Wahlkämpfe ausgetragen würden. Vorhersehbar ist aber, dass Wahlkämpfe in einer Neokratie einen ganz und gar anderen, insbesondere einen viel sachlicheren Charakter hätten als in der herkömmlichen Demokratie. Dies wäre auch und vor allem deswegen der Fall, weil in einer neokratischen Ordnung keine Organisation, kein Kandidat, kein Amts- und kein Mandatsträger in mehr als einem Politikbereich aktiv sein dürfte. Niemand müsste und könnte daher noch politische Kompetenz in mehr als einem Politikbereich für sich beanspruchen. Kein Wahlkampf würde mehr um die Frage geführt, welche Person oder Partei am besten der politischen Macht als ganzer gewachsen wäre. Es gäbe keine diffuse Wahlkampfrhetorik mehr, die das Große und Ganze der Politik in unfassbar abstrakten Begriffen, Formeln oder Bildern zusammenbringen will, sondern Wahlkämpfe wären auf einzelne Politikbereiche fokussiert. Allein dadurch wäre für die kandidierenden Personen und Organisationen ein Zwang geschaffen, die Wähler vorwiegend mit Sachargumenten zu überzeugen.

Man darf natürlich nicht erwarten, dass eine neokratische Staatsaufspaltung den politischen Sprachgebrauch und damit auch politische Denkweisen quasi über Nacht umwälzen würde. Der Anspruch vieler Bürger, über Politik als ganze mitreden und sich ein Urteil über Politik als ganze bilden zu können, würde auch noch so radikale Eingriffe in die Staatsordnung jahrzehntelang überdauern. Dennoch würden in einer neokratischen Staatsordnung schon die veränderten Umstände des Wählens wesentlich zum politischen Bewusstseinswandel beitragen. Ein neues Bewusstsein würde sich schon deswegen entwickeln, weil - ähnlich den Politikern und ihren Organisationen - auch die Wähler sich auf einzelne Politikfelder spezialisieren könnten.

Zu einer solchen Spezialisierung würde es schon deswegen kommen, weil die Wähler nur dadurch einer wachsenden Überforderung entgehen könnten. In einer neokratischen Ordnung würden zwar die Zeitabstände zwischen Wahlen in den meisten Politikbereichen größer werden, aber da es Wahlen in jedem eigenständigen Politikbereich gäbe, würde dennoch insgesamt die Häufigkeit von Wahlen steigen, und steigen würden insofern auch die Anforderungen an die Wähler. Diese Belastung aber könnten die Bürger in Grenzen halten, indem sie sich als Wähler auf einen oder wenige Politikbereiche beschränkten. Wenn sie dies täten, bräuchten sie letztlich doch nicht häufiger an Wahlen teilzunehmen als in einer

herkömmlichen Demokratie. Die meisten Bürger würden dies auch nicht wollen. Der Regelfall wäre, dass ein Bürger nur in den Politikbereichen an Wahlen teilnimmt, in denen er sich zur jeweiligen Zeit politisch besonders betroffen fühlt oder in denen er meint, ein besonders kompetentes politisches Urteil zu haben.

Für kandidierende Politiker und politische Organisationen hätte dies zur Folge, dass sie sich in Wahlkämpfen nur an überdurchschnittlich betroffene und überdurchschnittliche sachkundige Bürger richten müssten, nicht aber an alle Bürger zugleich. Auch damit wäre für eine Versachlichung von Politik im Allgemeinen und von Wahlkämpfen im Besonderen gesorgt, wie sie in der herkömmlichen Demokratie niemals möglich wäre. Je zahlreicher - und damit in ihrem Aufgabenbereich überschaubarer - die eigenständigen Politiksparten würden, desto ausgeprägter wäre dieser Effekt. Desto eher könnten Wahlkämpfe auch endlich das werden, was sie in der herkömmlichen Demokratie nur in ganz seltenen Ausnahmefällen gewesen sind, nämlich Sternstunden der Demokratie. Bei einer fortgeschrittenen Staatsaufspaltung wären es auch Sternstunden der politischen Vernunft.

02- 208

www.reformforum-neopolis.de